


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 06.04.2016

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	23:32 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
stellv. Stadtratsvorsitzender:	Herr Horn
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Mündliche Berichterstattung zur Entwicklung der Integration von Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Erfurt	
4.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
4.1.	Klapphocker für das Angermuseum	0308/16
4.2.	Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes	0595/16
4.3.	Sanierung der Stiftsgasse und generelle Informationen an den Beirat für Menschen mit Behinderung	0597/16

- 5. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 02.12.2015

- 6. Aktuelle Stunde

- 6.1. Aktuelle Stunde - "Multifunktionsarena Erfurt - Baufortschritt, Finanzierung, Bauzustand Westtribüne
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN **0656/16**

- 7. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

- 7.1. Dringliche Anfragen

- 7.1.1. Dringliche Anfrage - Sitze Nordtribüne **0634/16**
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

- 7.2. Anfragen

- 7.2.1. Anatomie-Schau **0591/16**
Fragesteller: Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD

- 7.2.2. Ausstellungskataloge **0299/16**
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

- 7.2.3. Einbrüche in Erfurt **0511/16**
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

- 7.2.4. Übertragung der Trägerschaft der Grundschulhorte **0548/16**
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

- 7.2.5. Fahrradstation südlich des Hauptbahnhofs **0608/16**
Fragesteller: Herr Staufenbiel, Fraktion CDU

- 7.2.6. Gebühren zur Nutzung von städtischen Parkmöglichkeiten **0593/16**
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

- 7.2.7. Verkauf des Wächterhauses in der Talstraße **0594/16**
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

- 7.2.8. Fortschreibung des Brachflächenkataster **0550/16**
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

7.2.9.	Parkende Touristenbusse mit laufenden Motoren Fragestellerin: Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0590/16
7.2.10.	Abwasserbeseitigungskonzeption Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0600/16
7.2.11.	Kennzeichnung der Fußgängerzone Anger Erfurt Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0601/16
7.2.12.	Einbruchserie in Einfamilienhäuser Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0602/16
7.2.13.	Westtribüne Steigerwaldstadion Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0603/16
7.2.14.	Marbach, barrierefreies/größeres Bürgerzimmer Fragestellerin: Frau Böhlke, Ortsteilbürgermeisterin Marbach	0488/16
7.2.15.	Mobile Sonderabfallsammlung Fragesteller: Herr Stampf, Ortsteilbürgermeister Sulzer Siedlung	0598/16
8.	Große Anfrage nach § 9 Abs. 5 GeschO	
8.1.	Klimaschutz in Erfurt Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1881/15
9.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
10.	Entscheidungsvorlagen	
10.1.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstückes, Hopfengasse 4 Einr.: Oberbürgermeister	1621/15
10.2.	Gewerbeflächenentwicklungskonzept 2030 für die Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	2716/15

10.2.1.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben zur DS 2716/15 - Gewerbeflächenentwicklungskonzept 2030 für die Landeshauptstadt Erfurt	0338/16
10.2.2.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 2716/15 Gewerbeflächenentwicklungskonzept 2030 für die Landeshauptstadt Erfurt	0661/16
10.3.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT683 "ICE-City, Neues Schmidtstedter Tor / Turm West" -Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	2802/15
10.3.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2802/15 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT683 "ICE-City, Neues Schmidtstedter Tor / Turm West" -Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss	0666/16
10.4.	Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0127/16
10.4.1.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0127/16 - Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der KoWo	0596/16
10.4.2.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0127/16 - Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt	0663/16
10.5.	Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Facebook Einr.: Fraktion CDU	0155/16
10.5.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0155/16 Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Facebook	0662/16
10.6.	Nationale Projekte des Städtebaus 2016 Einr.: Fraktion CDU	0211/16
10.7.	Schulartänderung der Grundschule Urbich und der Regelschule Urbich (Schulnummer 12057 und 21295), in eine Thüringer Gemeinschaftsschule nach § 6a Abs. 3 Thür-SchulG	0261/16

Einr.: Oberbürgermeister

- | | | |
|----------|--|----------------|
| 10.8. | Öffentliches Beschaffungswesen - Erfurter Stadtverwaltung steigt auf 100% Recyclingpapier um
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 0314/16 |
| 10.8.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0314/16 - Öffentliches Beschaffungswesen - Erfurter Stadtverwaltung steigt auf 100% Recyclingpapier um | 0674/16 |
| 10.9. | Freier Eintritt für Gästeführer
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, Fraktion CDU | 0329/16 |
| 10.9.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0329/16 - Freier Eintritt für Gästeführer | 0665/16 |
| 10.10. | Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1422/15 - Sozialticket 2015
Einr.: Oberbürgermeister | 0469/16 |
| 10.11. | Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2869/15 - Zuschuss ADFC
Einr.: Oberbürgermeister | 0470/16 |
| 10.12. | Aussetzung der Nutzungskosten für Bürgerhäuser
Einr.: Fraktion CDU | 0491/16 |
| 10.12.1. | Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0491/16 - Aussetzung der Nutzungskosten für Bürgerhäuser | 0664/16 |
| 10.13. | Fernbushalt Erfurt
Einr.: Fraktion CDU | 0494/16 |
| 10.13.1. | Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0494/16 - Fernbushalt Erfurt | 0651/16 |
| 10.13.2. | Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0494/16 - Fernbushalt Erfurt | 0676/16 |
| 10.14. | Prüfauftrag für die Umstellung von einer Stadtbuslinie von Diesel- auf Elektrobetrieb
Einr.: Fraktion CDU | 0507/16 |
| 10.15. | Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0168/16 - Verkaufsoffener 1. | 0571/16 |

Mai - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 10.16. | Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0367/16 - Ladenöffnung am 1. Mai 2016 - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister | 0572/16 |
| 10.17. | Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0398/16 - Besonderer Schutz für Familien, Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister | 0573/16 |
| 10.18. | Vorbeugender Brandschutz
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN | 0576/16 |
| 10.19. | Beschluss zum Schulinvestitionsprogramm; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0406/16
Einr.: Oberbürgermeister | 0580/16 |
| 10.20. | Beschluss Begrüßungsgeld; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0416/16
Einr.: Oberbürgermeister | 0581/16 |
| 10.21. | Mandatswechsel - Bestellung eines stimmberechtigten Mitglieds der Fraktion SPD im Ausländerbeirat
Einr.: Fraktion SPD | 0587/16 |
| 11. | Informationen | |
| 11.1. | Information zur Förderentscheidung zum Bundesprogramm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen für Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen
Einr.: Oberbürgermeister | 0435/16 |
| 11.2. | Sonstige Informationen | |

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, die 20. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab sie die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden, Herrn Horn.

Herr Horn gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Er fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Herr Horn stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 32 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so der stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Abschließend wies der stellvertretende Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Pause in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

In der Sitzung des Hauptausschusses wurde durch die Fraktion SPD die Vertagung der folgenden Drucksachen angekündigt:

- TOP 10.10 – Drucksache 0469/16
Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1422/15 - Sozialticket 2015
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 10.11 – Drucksache 0470/16
Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2869/15 - Zuschuss ADFC
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 10.15 – Drucksache 0571/16
Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0168/16 - Verkaufsoffener 1. Mai - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 10.16 – Drucksache 0572/16
Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0367/16 - Ladenöffnung am 1. Mai 2016 - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 10.17 – Drucksache 0573/16
Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0398/16 - Besonderer Schutz für Familien, Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 10.19 – Drucksache 0580/16
Beschluss zum Schulinvestitionsprogramm; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0406/16
Einr.: Oberbürgermeister

- TOP 10.20 – Drucksache 0581/16
Beschluss Begrüßungsgeld; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0416/16
Einr.: Oberbürgermeister

Auf Nachfrage des stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden, bestätigte Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, den Antrag.

Sodann erkundigte sich Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, ob eine Vertagung dieser Drucksache problemlos möglich sei und bat um eine Stellungnahme der Verwaltung. Zudem bat Herr Panse darum, die folgende Aussage von Frau Thierbach zu Protokoll zu nehmen.

Daraufhin erläuterte Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur das Verfahren hinsichtlich der Vertagung der o. g. Drucksachen: "Die Stellungnahme der Verwaltung am heutigen Tag ist dieselbe wie am gestrigen Tag und zwar, dass der Verwaltung auferlegt wurde bis 29.04. zu den Beanstandungen Stellung zu nehmen. Der Stadtrat als Souverän hat jederzeit das Recht zu entscheiden, wann er über diese Dinge beschließt. Da wir am 27. April eine weitere Stadtratssitzung haben, wäre für die Stadtverwaltung die Einhaltung des 29.04. möglich."

Sodann rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Vertagung der o. g. Drucksachen auf.

Hierzu erfolgte der Aufruf und die Abstimmung der Vertagung jeder einzelnen Drucksache:

- TOP 10.10 – Drucksache 0469/16
Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1422/15 - Sozialticket 2015
Einr.: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 25
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 7

--> **damit bestätigt**

- TOP 10.11 – Drucksache 0470/16
Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2869/15 - Zuschuss ADFC
Einr.: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 8

--> **damit bestätigt**

- TOP 10.15 – Drucksache 0571/16
Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0168/16 - Verkaufsoffener 1. Mai - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 8
--> **damit bestätigt**

- TOP 10.16 – Drucksache 0572/16
Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0367/16 - Ladenöffnung am 1. Mai 2016 - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 8
--> **damit bestätigt**

- TOP 10.17 – Drucksache 0573/16
Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0398/16 - Besonderer Schutz für Familien, Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 8
--> **damit bestätigt**

- TOP 10.19 – Drucksache 0580/16
Beschluss zum Schulinvestitionsprogramm; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0406/16
Einr.: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 8
--> **damit bestätigt**

- TOP 10.20 – Drucksache 0581/16
Beschluss Begrüßungsgeld; hier Aussetzung und Beanstandung des Stadtratsbeschlusses 0416/16
Einr.: Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 8

--> damit bestätigt

Im Anschluss gab Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, folgende Erklärung zu seinem Abstimmverhalten ab:

"Ich sehe diese Vertagung mit einem lachenden und einem weinenden Auge und damit ich nicht zu sehr in Emotionalität ver falle, habe ich mir diesmal aufgeschrieben, was ich sagen will. Das mache ich sonst nicht.

Ich will das unter das Thema stellen: 'Wie heilt man ein multiresistentes Containersyndrom' oder 'So geht es nicht weiter'. Das Verhältnis zwischen Stadtrat und Teilen der Verwaltung erweist sich als zunehmend zerrüttet. Verlautbarungen zur Frage was der Stadtrat darf und was nicht, sind unabhängig von den rechtlichen Begründungen - ein Affront für viele Mitglieder des Stadtrates. Durch die zunehmenden Beanstandungen von Beschlüssen ist die Lage eskaliert. Am Beispiel des beantragten Ausstellungscontainers auf dem Anger zeigt sich das in jedem Detail der fragwürdigen Begründung durch das Bürgeramt – darin zeigt sich das. Deeskalation tut Not auf beiden Seiten. Ich gebe zu, dass mein Redebeitrag jetzt kein Beitrag zur Deeskalation ist. Trotzdem: Der Verwaltung stünde es gut zu Gesicht einzulenken, ihre Totalverweigerung aufzugeben. Zumal wir alle gerade dabei sind darüber nachzudenken, wie Bürgerbeteiligung erhöht werden kann. Wer das ernsthaft will, muss auch Beteiligung des Stadtrates wollen. Die erneute Ablehnung des Standplatzes für die Ausstellung "Flüchten und Ankommen" mag ordnungsbehördlich richtig sein, sie ist politisch ganz und gar falsch. Es gab an der ursprünglichen Entscheidung berechnete öffentliche Kritik und es gab auch verwaltungsinterne Kritik an der unsensiblen Entscheidung des Bürgeramtes, auch von der Kulturdirektion. Als Stadtrat und Vorsitzender der Kunstkommission beklage ich das beratungsresistente Verhalten der Verwaltung. Die Kunstkommission – so heißt es jedenfalls – berät den Oberbürgermeister bei Fragen zu Kunst im öffentlichen Raum. Im vorliegenden Fall ist sie gar nicht erst gefragt worden. Auch wir Stadträte können zur Deeskalation beitragen, zum Beispiel durch Begrenzung von Anfragen, durch Änderung der Geschäftsordnung etc.. Aber Geschäftsordnungen allein werden nicht helfen. Es geht um eine grundlegende Veränderung im Denken, ein wechselseitiges respektieren. Mein ganz persönlicher Beitrag zur Deeskalation ist folgender: Ich werde mich in meiner Fraktion und in den Ausschüssen, denen ich angehören darf, an dem Deeskalationsprojekt beteiligen und nach Kräften mitarbeiten. Nachdem ich in der März Sitzung des Stadtrates allerdings belehrt wurde, dass der Beschluss zur Containerausstellung und meine diesbezüglichen Einlassungen hier als Gesetzesverstoß rechtswidrig sei, werde ich ab sofort und so lange meine Teilnahme an dieser und an den folgenden Stadtrats Sitzungen aussetzen, bis ein geeignetes Signal aus der Verwaltung kommt, das eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Stadtrat zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt vermuten lässt. Ich tue dies auch und vor allem, um weitere rechtswidrige Gesetzesverstöße zu vermeiden. Also danke für ihre Aufmerksamkeit und hoffentlich auf Wiedersehen."

Sodann gab Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, folgende Erklärung zu seinem Abstimmverhalten ab:

"Also auch ich möchte mein Stimmverhalten begründen. Ich habe für diesen Antrag der Vertagung gestimmt, weil ich – und wir kennen uns lieber Wolfgang ja wirklich aus den gemeinsamen Kulturausschusssitzungen ja schon sehr lange – glaube, dass wir gemeinsam mit der Verwaltung Lösungen finden müssen um diese wirklich missliche Situation zu überwinden und ich glaube, dass Konfrontation da gar kein Weg ist. Ich würde auch nie davon sprechen, dass die Verwaltung gegen uns arbeitet, auch das ist viel zu hoch gegriffen. Ich glaube, wir können und wir werden kooperieren wie wir das bisher auch getan haben und ich würde mir wünschen, wenn du in diese Position auch kommen könntest und nicht so arg personalisieren würdest. Vielen Dank."

Weiterhin gab Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, seine Erklärung zum Abstimmverhalten ab:

"Also da das weder vom Kollegen Thumfart noch vom Kollegen Beese eine Erklärung zum Stimmverhalten war, aber eine grundsätzliche Erklärung, möchte ich gerne einen Satz anfügen. Erstens ausdrücklich: Herr Kollege Beese hat Recht – das was er dargestellt hat – da kann ich nur sagen Respekt dafür, dass er das gesagt hat. Das war im Übrigen der Grund warum ich mich genauso wie die CDU-Fraktion zu all diesen Beanstandungsbeschlüssen enthalten habe. Ich halte das für hochgradig fraglich, ob die Beanstandungen rechtlich überhaupt so möglich sind und ob die auch halten werden. Ich sehe es auch so, dass das einer rechtlichen Überprüfung gegebenenfalls bedarf, weil ich ebenfalls nicht erkennen kann, dass es seitens der Stadtverwaltung da Möglichkeiten oder Lösungsvorschläge gibt, deswegen haben wir uns zu all diesen Beanstandungen enthalten. Ich kann nur hoffen, dass sich der Umgang in der Tat in Zukunft ändert. Dankeschön."

Weitere Erklärungen zum Abstimmverhalten gab es nicht.

Demzufolge fuhr der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zu den Änderungen zur Tagesordnung fort und gab bekannt, dass auf Antrag des Einreichers der TOP 10.18 – Drucksache 0576/16 - Vorbeugender Brandschutz (Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN) in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile verwiesen werde.

Zudem beantragte Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Verweisung des TOP 10.13 – Drucksache 0494/16 - Fernbushalt Erfurt (Einr.: Fraktion CDU) inkl. aller vorliegenden Anträge in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Über diesen Antrag ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

3. Mündliche Berichterstattung zur Entwicklung der Integration von Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Erfurt

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, informierte über die aktuelle Situation zur Entwicklung der Integration von Flüchtlingen in der Stadt.

Hierzu teilte sie mit, dass die Anzahl der Flüchtlinge seit der Stadtratssitzung im März unverändert sei und es somit keine neuen Ankömmlinge in Erfurt gibt.

Zudem wies sie darauf hin, dass es seit dieser Woche keine Notunterkünfte mehr gibt bzw. diese wieder für ihren eigentlichen Zweck zur Verfügung stehen wie beispielsweise die Thüringenhalle. Für die Unterbringung von Flüchtlingen stehen die Gemeinschaftsunterkünfte, für die insbesondere die sogenannten Containerstädte errichtet wurden, zum Einsatz bereit, teilte sie mit.

Die weitere Entwicklung sei abzuwarten und sobald neue Informationen vorliegen, werden diese entsprechend an die Ausschüsse weitergegeben. Somit sollte diese regelmäßige Information beibehalten werden, erklärte sie.

4. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Es lagen drei Einwohneranfragen schriftlich beantwortet vor. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage auf Hinweis der Stadratsmitglieder durch Beschluss ausschließlich auf die Tagesordnung der Sitzung der sachlich zuständigen Ausschüsse gesetzt werden.

4.1. Klapphocker für das Angermuseum

0308/16

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung.

zur Kenntnis genommen

4.2. Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes

0595/16

Die Nachfragen des Fragestellers wurden durch die Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, Frau Hoyer, beantwortet.

Daraufhin beantragte Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und Frau Walsmann, Fraktion CDU, die Verweisung der Einwohneranfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Sodann ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Verweisung der Einwohneranfrage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurden die Anträge bestätigt und die Einwohneranfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4.3. Sanierung der Stiftsgasse und generelle Informationen an den Beirat für Menschen mit Behinderung 0597/16

Der Fragesteller reichte folgende Nachfragen ein: 1. Wie will die Stadtverwaltung sicherstellen, dass künftige Bauvorhaben den Behindertenbeirat Erfurt und seine Mitglieder zeitnah, gesichert schriftlich erreichen, da es offensichtlich telefonisch nicht praktikabel und ausreichend ist? 2. Da diese Checkliste offensichtlich nicht veröffentlicht, noch dem Behindertenbeirat vorgelegt wurde, folgende Nachfrage: Wie ist diese Checkliste des Tiefbau- und Verkehrsamtes im Detail inhaltlich aufgebaut und wie wird eine Umsetzungsprüfung durchgeführt, kontrolliert und nachvollziehbar dokumentiert?	Drucksache 0704/16
---	-----------------------

Daraufhin sicherte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, die schriftliche Beantwortung der Nachfragen zu.

Zudem beantragte Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Sodann ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Verweisung der Einwohneranfrage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Einwohneranfrage inkl. der Nachfragen in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5. **Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 02.12.2015**

genehmigt Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

6. **Aktuelle Stunde**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0656/16 zum Thema: "Multifunktionsarena Erfurt – Baufortschritt, Finanzierung, Bauzustand Westtribüne" vorliegt.

Sodann verweist er auf die Geschäftsordnung, nach der die Redezeit je Fraktion und Oberbürgermeister (in Vertretung Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt) 6 Minuten sowie für die fraktionslosen Stadtratsmitglieder 2 Minuten beträgt.

6.1. **Aktuelle Stunde - "Multifunktionsarena Erfurt - Baufortschritt, Finanzierung, Bauzustand Westtribüne Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN 0656/16"**

Zu Beginn erläuterte Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Intention des Antrages zur aktuellen Stunde. In seinen Ausführungen nahm er insbesondere Bezug zum Bauzustand der Westtribüne und der aktuellen Feststellung hinsichtlich Mängel an der Westtribüne. Zudem thematisierte er den Baufortschritt und die Finanzierung der Multifunktionsarena allgemein.

Daraufhin führte Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, zum aktuellen Stand der Bauarbeiten in der Multifunktionsarena aus. Hierbei ging sie insbesondere auf die Entwicklung seit dem Bau der Westtribüne vor 15 Jahren und die regelmäßigen erfolgten Prüfungen im Rahmen der Instandhaltungsprüfung ein. Hinsichtlich der aktuell angesprochenen Mängel an dieser Tribüne verweist sie auf noch ausstehende Prüfungen hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise. Weiterhin ging sie auf den Investitionsplan, den kommenden Fördermittelbescheid und die vermutlich geringeren Baukosten ein. Abschließend wies sie darauf hin, dass noch offene Fragen jederzeit im zuständigen Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb gestellt werden können und es in diesem eine monatliche Berichterstattung gebe.

An der weiteren Aussprache zur Thematik beteiligten sich:

- Herr Pfistner, Fraktion CDU,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Metz, Fraktion SPD,
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD und
- Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN.

Hierbei wurden die verschiedenen Sichtweisen zur Thematik erläutert und insbesondere auf die aktuell festgestellten Mängel an der Westtribüne und dessen Sanierung eingegangen. Weiterhin gab es einige Nachfragen zur Möglichkeit des Abrisses bzw. Neubau der Westtribüne sowie eventuell vorliegenden Kostenplanungen.

Auf Nachfrage stellte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende fest, dass der Redebedarf aller Fraktionen und anwesenden fraktionslosen Mitgliedern erschöpft war.

Abschließend wurde festgelegt, dass alle in der Diskussion gestellten Fragen innerhalb von zwei Wochen beantwortet werden.

Drucksache
0680/16

1. Seit wann und durch den wurden Mängel an der Westtribüne festgestellt?

2. Gab es in dem Leistungsverzeichnis zur Ausschreibung Punkte zur Westtribüne?

3. Wie viele Mittel im Erstabudget für die Multifunktionsarena wurden für die Westtribüne eingeplant? Wenn nein, warum wurden keine Mittel für die Westtribüne eingestellt?

4. Aufgrund welcher Prüfungen bzw. welcher Unterlagen wurde die Westtribüne von Beginn an aus den Planungen zum Neubau der Arena ausgenommen? Erfolgte in diesem Zusammenhang Bauwerksprüfungen, welche eine langfristige Weiternutzung bescheinigten?

5. Gibt es diese Gutachten nicht, bitte ich darüber Auskunft zu geben, was den Auslöser (die Stadtverwaltung Erfurt) veranlasste, die Westtribüne, schon bei den ersten Planungen und Konzepten, aus dem Gesamtkonzept Multifunktionsarena heraus zu nehmen und auf Erhalt zu bestehen!

6. Gab es in den ersten Planungsphasen der Verwaltung Kostenmodelle in denen Sanierung und Abriss/Neubau der Westtribüne gegenübergestellt wurden? Wenn nicht, warum nicht?

7. Gibt es mittlerweile eine Kostenplanungen Abriss/Neubau der Westtribüne?

8. Auf welche Tatsachen stützt sich die Aussage, dass "unter dem Strich" nach der Gesamtabrechnung die Baukosten wesentlich geringer ausfallen werden als angenommen? Wurden hierfür weitere Kürzungen im Leistungsverzeichnis vorgenommen? Wenn ja welche und welche Auswirkungen hat dies auf den Betrieb der Arena?

9. Wie sieht der aktuellste bekannte Sanierungs- bzw. Investitionsbedarf der Westtribüne aus (einschl. eine Liste der einzelnen Maßnahmen mit dem jeweiligen Finanzierungsbedarf)?

10. Wie sieht der Sanierungs- bzw. Investitionsplan zur Westtribüne aus und falls noch keiner vorhanden ist, bis wann soll es einen geben?

11. Welche Einschränkungen in der Nutzung der Westtribüne ergeben sich aus den aktuellsten bekannten baulichen sowie sonstigen Problemen mit der Westtribüne?

Zudem beantragte Herr Pfistner, Fraktion CDU, die Verweisung der Thematik der aktuellen Stunde (Drucksache 0656/16) inkl. der Beantwortung der Nachfragen in die kommende Beratung der Sitzung des Werkausschusses Erfurt Sportbetrieb.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Antrag einstimmig bestätigt und die Drucksache inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den o. g. zuständigen Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

Nach der Abstimmung erfolgte die Pause.

7. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach der Pause aufgerufen.

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage durch Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfrage. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfrage in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, wird die Beantwortung ausgereicht.

7.1. Dringliche Anfragen

7.1.1. Dringliche Anfrage - Sitze Nordtribüne 0634/16
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Zu Beginn ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2. Anfragen

7.2.1. Anatomie-Schau 0591/16
Fragesteller: Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

7.2.2. Ausstellungskataloge 0299/16
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Nachfragen der Fragestellerin wurden durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, beantwortet.

Daraufhin beantragte die Fragestellerin die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.3. Einbrüche in Erfurt 0511/16
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Fragestellerin war unzufrieden mit der Beantwortung und wünschte mit dem Hinweis auf ihre Fragestellungen eine erneute Beantwortung ihrer Anfrage.

Der Oberbürgermeister wies darauf hin, dass die Beantwortung der Thematik nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung liege.

Mit dem Hinweis, dass ihre Fragestellung insbesondere in Richtung präventiver Maßnahmen gehe, forderte die Fragestellerin eine erneute Beantwortung ihrer Anfrage.

vertagt

7.2.4. Übertragung der Trägerschaft der Grundschulhorte 0548/16
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

7.2.5. Fahrradstation südlich des Hauptbahnhofs 0608/16
Fragesteller: Herr Staufenbiel, Fraktion CDU

Der Fragesteller nahm Bezug auf die Beantwortung und fragte nach, welche Probleme es bei der Projektabwicklung gab.	Drucksache 0706/16
Im Hinblick darauf, dass die Stadt selbst Betreiber der Fahrradstation sein soll, fragte er nach, woher die finanziellen Mittel kommen und ob Mitarbeiter für die Fahrradstation eingestellt werden.	

Hierzu sicherte der Oberbürgermeister eine schriftliche Beantwortung zu.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.6. Gebühren zur Nutzung von städtischen Parkmöglichkeiten** 0593/16
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

In Vertretung des Fragestellers bedankte sich Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., für die Beantwortung.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.7. Verkauf des Wächterhauses in der Talstraße** 0594/16
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

In Vertretung des Fragestellers beantragte Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

- 7.2.8. Fortschreibung des Brachflächenkataster** 0550/16
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 7.2.9. Parkende Touristenbusse mit laufenden Motoren** 0590/16
Fragestellerin: Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Fragestellerin war unzufrieden mit der Beantwortung und erläuterte dies.

Daraufhin sicherte der Oberbürgermeister die Prüfung geeigneter Maßnahmen hinsichtlich der laufenden Motoren bei parkenden Touristenbussen zu.

zur Kenntnis genommen

7.2.10. Abwasserbeseitigungskonzeption 0600/16
Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Werkausschuss Entwässerungsbetrieb unter Hinzuladung der betroffenen Ortsteilbürgermeister aus dem ländlichen Raum.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.11. Kennzeichnung der Fußgängerzone Anger Erfurt 0601/16
Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

In Vertretung des Fragestellers bedankte sich Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, und zeigte sich zugleich unzufrieden mit der Beantwortung.

zur Kenntnis genommen

7.2.12. Einbruchserie in Einfamilienhäuser 0602/16
Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der Fragesteller war unzufrieden mit der Beantwortung und bat um die erneute Beantwortung bzw. Nachreichung einer Antwort zur Frage 2 und 3 seiner Anfrage.

vertagt

7.2.13. Westtribüne Steigerwaldstadion
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

0603/16

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung des o. g. Ausschusses verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

7.2.14. Marbach, barrierefreies/größeres Bürgerzimmer
Fragestellerin: Frau Böhlke, Ortsteilbürgermeisterin Marbach

0488/16

Die Nachfrage der Fragestellerin wurde durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, beantwortet.

zur Kenntnis genommen

7.2.15. Mobile Sonderabfallsammlung
Fragesteller: Herr Stampf, Ortsteilbürgermeister Sulzer Siedlung

0598/16

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

8. Große Anfrage nach § 9 Abs. 5 GeschO

8.1. Klimaschutz in Erfurt 1881/15 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 21.10.2015 vertagte.

Die Beantwortung der Großen Anfrage lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Weiterhin gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass ein Antrag des Einreichers auf Aussprache vorliegt.

Gemäß der Geschäftsordnung wurde die Redezeit auf 10 Minuten pro Fraktion und Oberbürgermeister und 2 Minuten pro fraktionslose Mitglieder und Ortsteilbürgermeister festgelegt.

Zu Beginn erläuterte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention der großen Anfrage und bedankte sich für die ausführliche Beantwortung. Leider sei das Ergebnis hinsichtlich des Klimaschutzes in Erfurt nicht zufriedenstellend, erklärte er. Für eine detaillierte Auswertung der Beantwortung beantragte er die Verweisung der großen Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Weiterhin beteiligten sich folgende Personen an der Diskussion zur Thematik:

- Herr Mroß, Fraktion SPD,
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU,
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE. und
- Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt.

Hierbei wurden die verschiedenen Sichtweisen zum Umgang mit Klimaschutz und zukunftsorientierten Maßnahmen wie beispielsweise Elektromobilität erläutert.

Abschließend ging die Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, Frau Hoyer, in ihren Ausführungen auf die Möglichkeiten für die Stadt im Hinblick auf Photovoltaik, Klimaschutz und erneuerbare Energien ein.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, erfolgte die Verweisung der Anfrage in die o. g. zuständigen Ausschüsse.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

9. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

Es lagen keine vor.

10. Entscheidungsvorlagen

- 10.1. Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstückes, Hopfengasse 4
Einr.: Oberbürgermeister 1621/15

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 23.03.2016 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Veräußerung des Grundstückes " Hopfengasse 4" in der Gemarkung Erfurt-Mitte, Flur 146, Flurstück 14, 184 m² groß, mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung zu. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % des Erbbauzinses möglich sein.

02

Bei der Vergabe wird auf die Berücksichtigung eines Nutzungskonzeptes verzichtet, da es sich bei dem betreffenden Objekt um ein Mehrfamilienhaus handelt.

03

Der Stadtrat erklärt außerdem die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung des Kaufpreises und der Investitionen für dieses Grundstück.

04

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die in den Beschlusspunkten 01 bis 03 genannten Festlegungen umzusetzen.

10.2. Gewerbeflächenentwicklungskonzept 2030 für die Landeshauptstadt Erfurt 2716/15
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 02.03.2016 vertagte.

Alle beteiligten Ortsteilräte nahmen die Drucksache zur Kenntnis, außer dem Ortsteilrat Urbich. Dieser lehnte die Drucksache ab.

Es lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben mit Drucksache 0338/16 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Dieser wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt abgelehnt (Ja 0/Nein 4/Enthaltung 4/Befangen 0) und im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen ebenfalls (Ja 1/Nein 6/Enthaltung 2/Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 15.03.2016 (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 17.03.2016 ebenfalls (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Zudem lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0661/16 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Weiterhin wies der stellvertretende Stadtratsvorsitzende auf folgende redaktionelle Änderung in der Anlage zur Drucksache hin:

6.1.5 Exkurs: Umgang mit Altstandorten

Neben den bestehenden und den zur Entwicklung vorgesehenen gewerblichen Standorten finden sich in Erfurt in erheblichem Maße Altstandorte, deren vorherige Nutzung aufgegeben oder flächenmäßig deutlich reduziert wurde. Exemplarisch sind hier die Bereiche Am Roten Berg, ~~Stotternheimer~~ Schwerborner Straße, Salinenstraße und Kohlehof zu nennen. Eine Gesamtübersicht der Altstandorte – ohne umgenutzte bzw. in Umnutzung befindliche Flächen - ist in Karte 3 dargestellt.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt,
- der Oberbürgermeister,
- Herr Pfistner, Fraktion CDU und
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN.

Hierbei wurden die verschiedenen Sichtweisen zur Entwicklung der Gewerbeflächen in Erfurt in der Gegenwart und zukünftig insbesondere hinsichtlich der Versiegelung der Ackerflächen dargestellt.

Zu Beginn erläuterte Herr Bärwolff die Intention des Antrages seiner Fraktion und begründete dies.

Herr Kallenbach verwies auf die wichtige Grundlage für das ISEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) und sprach sich für die Stärkung der Wertschöpfung aus. Mit Hinblick auf die Zukunft solle die Thematik zur Chefsache gemacht werden.

Herr Stampf nahm Bezug zu den vorliegenden Anträgen und erklärte, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 0661/16) mittragen, jedoch den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben (Drucksache 0338/16) ablehnen werde.

Frau Hoyer hinterfragte die negative Einstellung zu der Gewerbeflächenentwicklung in Urbich und führte zu den Bedingungen vor Ort aus.

Der Oberbürgermeister ging in seinen Ausführungen auf zukünftige Gewerbestrukturen und dessen Bedeutung für Erfurt ein. Zudem verweist er auf die notwendigen Gewerbesteuerereinnahmen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gemäß dem Abstimmungsvorschlag zunächst den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben (Drucksache 0338/16), der die Anlage der Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	26
Enthaltungen:	12

Damit wurde dieser abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 0661/16), der die Ursprungsdrucksache ergänzte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	12

Somit wurde dieser bestätigt.

Abschließend rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung über die Drucksache inkl. der redaktionellen Änderung sowie mit der zuvor bestätigten Ergänzung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 13 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat billigt das "Gewerbeflächenentwicklungskonzept 2030 für die Landeshauptstadt Erfurt" (Anlage1).

02

Bis zum Ende des 3. Quartals 2016 legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat eine Strategie zum Umgang mit Gewerbeflächen im Eigentum der Stadt vor, die bereits erschlossen sind, aber aktuell nicht genutzt werden.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

10.2.1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben zur DS 0338/16
2716/15 - Gewerbeflächenentwicklungskonzept 2030 für
die Landeshauptstadt Erfurt

abgelehnt Ja 0 Nein 26 Enthaltung 12 Befangen 0

10.2.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 2716/15 0661/16
Gewerbeflächenentwicklungskonzept 2030 für die Lan-
deshauptstadt Erfurt

bestätigt Ja 26 Nein 0 Enthaltung 12 Befangen 0

10.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT683 "ICE-City, 2802/15
Neues Schmidtstedter Tor / Turm West" -Einleitungs- und
Aufstellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 15.03.2016 bestätigte (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0666/16 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention des vorliegenden Antrages seiner Fraktion und begründete die Ergänzung. Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung und dessen Hinweis auf die Doppelung in der Wortwahl des Antrages, änderte er mit der Streichung der ersten beiden Worte die Ergänzung der Aufzählung im Beschlusspunkt 02 auf "Begrünerungsvorgaben für den Baukörper".

Herr Kallenbach ging in seinen Ausführungen auf den Bebauungsplan ein und nahm Bezug auf die Bedingungen vor Ort.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den geänderten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0666/16), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser bestätigt und es erfolgte im Anschluss die Abstimmung der Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung.

mit Änderungen beschlossen Ja 37 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 11.11.2015 für das Vorhaben ICE City, Hochhaus "Tower West" wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren wird eingeleitet.

02

Für den Bereich am östlichen Ende der Kurt-Schumacher-Straße wird gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 13a Abs. 1 Satz 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan ALT683 "ICE-City, Neues Schmidtstedter Tor / Turm West" aufgestellt.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ALT683 umfasst gemäß der Übersichtsskizze in der Anlage 1 die Gebäudegrundfläche des Gebäudes "Turm West" und dessen Umfeld und wird begrenzt:

im Norden: durch die nördliche Grenze des Flurstücks 34, Flur 130 in der Gemarkung Erfurt-Süd

im Osten: durch die östlichen Grenzen des Flurstücks 34, Flur 130 in der Gemarkung Erfurt-Süd und die westliche Grenze des Flurstücks 64/2, Flur 131 in der Gemarkung Erfurt-Süd

im Süden: durch die westliche Verlängerung der südlichen Grenzen des Flurstücks 64/2, Flur 131 in der Gemarkung Erfurt-Süd nördlich der vorhandenen Trafostation

im Westen: durch eine Linie beginnend ca. 12 m westlich der vorhandenen Trafostation in Richtung Nordwest auf die südöstlichen Punkt des Flurstücks 59/1, Flur 131 in der Gemarkung Erfurt-Süd

Dabei sind die Flurstücke 60/2, 61/10 und 61/12 in der Gemarkung Erfurt-Süd, Flur 131 und das Flurstück 34 in der Gemarkung Erfurt-Süd, Flur 130 jeweils mit Teilflächen betroffen.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Umsetzung des Städtebauprojektes ICE-City im Teilbereich Neues Schmidtstedter Tor / Turm West
- Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung durch Definition von Art und Maß der baulichen Nutzung
- Nutzung des Gebäude Turm West umfasst die in einem Kerngebiet gemäß § 7 Baunutzungsverordnung (BauNVO) zulässigen Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes.
- Festsetzung einer Bauflucht entlang der Kurth-Schumacher Straße
- Architektonische Gestaltungsvorgaben für das Gebäude und Sicherstellung der städtebaulichen und architektonischen Qualität des Vorhabens Gebäude Turm West durch die Durchführung eines Planungswettbewerb
- Gestaltungs- und Begrünungsvorgaben für die Freiflächen
- Begrünungsvorgaben für den Baukörper
- Unterbringung des ruhenden Verkehrs in einer Tiefgarage und Definition von Ein- und Ausfahrten

Städtebauliche Grundlage des Städtebauprojektes ICE-City ist der städtebauliche Rahmenplan "ICE-City. Teilbereich Ost / Neues Schmidtstedter Tor". (Anlage 3)

03

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB verzichtet.

04

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

Gemäß § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB ist in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zur Sicherung der gestalterischen Qualität einer Neu-bebauung mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, in dem sich der Antragsteller auf eigene Kosten verpflichtet, den unter Beschlusspunkt 02 genannten Planungswettbewerb gemäß Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW 2013) als Einladungswettbewerb durchzuführen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a - -b beigefügt.)

- 10.3.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2802/15 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT683 "ICE-City, Neues Schmidtstedter Tor / Turm West" -Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss** **0666/16**

bestätigt mit Änderungen Ja 37 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

- 10.4. **Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister** **0127/16**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 17.03.2016 ablehnte (Ja 4 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0596/16 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0663/16 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion und begründete Ausschüttung in Höhe von 0,00 EUR an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt. Auf Grund dieser Änderung beantragte er die Beschlusspunkte 01 und 03 – 05 im Block und den Beschlusspunkt 02 einzeln abzustimmen.

Frau Walsmann, Fraktion CDU, nahm Bezug auf die Diskussion zur Drucksache im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen, in der sie bereits den Antrag zur Reduzierung des Ausschüttungsbetrages auf 0,00 EUR gestellt habe. Im Ergebnis teilte sie mit, dass ihre Fraktion dem vorliegenden Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zustimmen werde.

Der Oberbürgermeister ging in seinen Ausführungen auf die Entwicklung der KoWo ein und begründete die Intention der Drucksache und mit dem Hinweis auf die aktuelle Haushaltslage der Stadt und somit die Notwendigkeit der Ausschüttung gemäß Beschlusspunkt 02 der Vorlage.

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion. Mit der beantragten Ausschüttung der KoWo an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt in Höhe von 500.000 EUR sei zum einen der Stadt etwas geholfen und zum anderen der Ausschüttungsbetrag für die KoWo etwas verringert, erklärte er.

Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich für die Ursprungsdrucksache aus, da die Stadt das Geld benötigt und die Höhe der Ausschüttung für die KoWo verkräftbar sei.

Daraufhin beantragte Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, eine Auszeit von fünf Minuten gemäß der Geschäftsordnung.

Nach der Auszeit gab es keine weiteren Wortmeldungen und somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gemäß dem Abstimmungsvorschlag zunächst den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0569/16), der den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache änderte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 22
Enthaltungen: 4

Damit wurde dieser abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 0663/16), welcher ebenfalls den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache änderte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 24
Enthaltungen: 2

Somit wurde auch dieser abgelehnt.

Daraufhin rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung der Ursprungsdrucksache auf.

abgelehnt Ja 17 Nein 19 Enthaltung 2 Befangen 0

10.4.1. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur Drucksache 0127/16 - Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der KoWo 0596/16

abgelehnt Ja 14 Nein 22 Enthaltung 4 Befangen 0

10.4.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0127/16 - Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt 0663/16

abgelehnt Ja 13 Nein 24 Enthaltung 2 Befangen 0

10.5. **Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Face- 0155/16**
book
Einr.: Fraktion CDU

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0662/16 vor. Dieser änderte und ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag ein Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN auf Verweisung der Drucksache in den Hauptausschuss vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Kordon, Fraktion CDU, die Intention der Drucksache erläuterte und die inhaltlichen Schwerpunkte.

Daraufhin erläuterten:

- Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD und
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

ihre jeweiligen Sichtweisen zur vorliegenden Drucksache sowie allgemein zur Thematik im Umgang und der Anwendung sozialer Medien.

Hierbei beantragte Herr Bender nochmals die Verweisung der Drucksache in die Beratung des Hauptausschusses um detaillierte Fragen hinsichtlich einer eventuellen Umsetzung zu klären.

Einer Verweisung schließe sich die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN an, signalisierte Herr Stassny.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Hauptausschuss zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

10.5.1. **Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0155/16** 0662/16
 Offizielle Präsenz der Landeshauptstadt Erfurt auf Face-
 book

Verwiesen in Ausschuss

10.6. **Nationale Projekte des Städtebaus 2016** 0211/16
 Einr.: Fraktion CDU

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 03.03.2016 in den zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 09.03.2016 ab (Ja 1 Nein 3 Enthaltungen 3 Befangen 0).

Frau Tillmann, Fraktion CDU, erläuterte zu Beginn die Intention der Drucksache. Mit dem Hinweis, dass eine Beteiligung am Projekt für dieses Jahr leider verpasst wurde, gab sie bekannt, dass im nächsten Jahr das Thema wieder *behindertengerecht* sein wird und regte eine Beteiligung der Stadt Erfurt am Projektauftrag im kommenden Jahr an.

Daraufhin verweist Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf die ausführliche Diskussion im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zur Drucksache und den Voraussetzungen an der Projektteilnahme.

Mit Blick auf die Bedingung der *nationalen Bedeutung* des Projektes werde im kommenden Jahr geschaut, was möglich ist - auch hinsichtlich der Buga, erklärte sie.

Weiterhin teilte Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, seine Sichtweise zur Thematik mit.

Im Anschluss gab Frau Tillmann bekannt, dass ihre Fraktion die Drucksache zurückzieht.

zurückgezogen

10.7. **Schulartänderung der Grundschule Urbich und der Regel-** 0261/16
 schule Urbich (Schulnummer 12057 und 21295), in eine
 Thüringer Gemeinschaftsschule nach § 6a Abs. 3 Thür-
 SchulG
 Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass alle beteiligten Ortsteilräte die Drucksache bestätigten.

Der Ausschuss für Bildung und Sport bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 16.03.2016 mit Änderungen (*vorbehaltlich der noch ausstehenden Antwort des Thüringer*

Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Änderung des Schuleinzugsbereiches) (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Hierzu lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern ein Schreiben des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 23.03.2016, Az.: 3 7/5021-52 vor.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende sogleich zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Schulartänderung der Grund- und Regelschule Urbich (Schulnummer: 12057 und 21295), in eine Thüringer Gemeinschaftsschule nach § 6a Abs. 3 ThürSchulG ab dem Schuljahr 2016/2017, unter Beachtung der genannten Beschlüsse und Bedingungen der Anlage 2 und der Anlage 6.

02

Entsprechend des § 13 Abs. 3 ThürSchulG wird das Einvernehmen mit dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport beantragt.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 3 a – b beigelegt.)

**10.8. Öffentliches Beschaffungswesen - Erfurter Stadtverwaltung steigt auf 100% Recyclingpapier um
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 0314/16**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 03.03.2016 in die zuständigen Ausschüsse.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 23.03.2016 ab (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0).

Der Hauptausschuss gab in seiner Sitzung am 05.04.2016 zu der Drucksache kein Votum ab, da ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angekündigt wurde.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0674/16 vor. Dieser änderte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention der Drucksache und des Antrages seiner Fraktion.

Zu der Drucksache und der Thematik äußerten sich ebenfalls:

- Herr Pfistner, Fraktion CDU,
- Herr Metz, Fraktion SPD,
- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN.

Hierbei gab Herr Pfistner bekannt, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, da der Antrag aus seiner Sicht entbehrlich sei, denn die Zukunft ist nicht Recycling sondern das papierlose Büro.

Herr Metz teilte seine Zustimmung zu der Drucksache in geänderter Form (in Fassung des Antrages 0674/16) mit.

Herr Städter sah die ausschließliche Verwendung von Recyclingpapier in der Praxis kritisch an.

Herr Stassny äußerte seine Sichtweise zur Thematik und nahm Bezug auf die Aussagen von Herrn Prof. Dr. Thumfart.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0674/16) zur Abstimmung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 20 Nein 13 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Stadtverwaltung deckt ihren Bedarf an Drucker- und Kopierpapier künftig annähernd zu 100% mit Recyclingpapier. Es kommt jedoch nur Recyclingpapier mit dem "Blauen Engel" in Frage.

02

Die Umstellung ist praktikabel zu gestalten, vorhandene Reserven des konventionellen Papiers sind aufzubrechen. Notwendige Nachbestellungen sind ab sofort dort als Recyclingpapier zu beschaffen, wo die jeweilige Druck- und Kopiertechnik vom Hersteller bereits für Recyclingpapier freigegeben ist. Dort, wo noch alte Druckertechnik im Einsatz ist, ist der Umstieg auf Recyclingpapier zeitlich an die Umrüstung der Druckertechnik gebunden (bspw. an Schulen).

03

Um den Umstieg auch wirtschaftlich zu gestalten, soll für den täglichen Gebrauch auf Recyclingpapier mit einem Weißgrad von 80 oder geringer zurückgegriffen werden, d. h. es soll nicht weißes Recyclingpapier zum Einsatz kommen.

04

Gleichzeitig sucht die Stadtverwaltung nach praktikablen Wegen, den Papierverbrauch in Summe zu reduzieren.

05

Der Umstieg auf annähernd 100% Recyclingpapier gilt für die gesamte Stadtverwaltung, alle Schulen und Kindertagesstätten in städtischer Verantwortung und für die städtische Hausdruckerei.

06

Bei künftigen Aufträgen an Dritte besteht die Stadt Erfurt auf die ausschließliche Verwendung von Recyclingpapier. Dieser Umstieg ist ebenfalls praktikabel zu gestalten.

07

Diese Regelungen gelten nicht für das Stadtarchiv und sonstige Stellen der Stadtverwaltung, die mit der Archivierung von Dokumenten betraut sind. Diese Stellen sind der ISO-Norm 9706 verpflichtet und sind daher vom Umstieg auf Recyclingpapier ausgenommen.

10.8.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0314/16 - Öffentliches Beschaffungswesen - Erfurter Stadtverwaltung steigt auf 100% Recyclingpapier um 0674/16

bestätigt

10.9. Freier Eintritt für Gästeführer 0329/16
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, Fraktion CDU

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 02.03.2016.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0665/16 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 0329/16 galt entsprechend für diesen Antrag.

Zudem wurde von der Fraktion DIE LINKE. folgender Antrag als Tischvorlage eingereicht:

Änderungsantrag zur Drucksache 0329/16 "Freier Eintritt für Gästeführer"

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bausewein,
wir stellen den Antrag, den ersten Satz der Drucksache wie folgt zu ändern:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat im 2. Quartal 2016 einen Entwurf zur Änderung der Tarifordnung der Eintrittspreise der kulturellen Einrichtungen zur Abstimmung vorzulegen, in welcher im Abschnitt "freier Eintritt" "Gästeführer*innen im Rahmen ihrer Tätigkeit als Gästeführer*innen, d.h. als Begleitung von mindestens 5 zahlenden Besucher*innen" aufgeführt sind.*

Begründung:

*Indem Gästeführer*innen im Fall eines Besuchs kultureller Einrichtungen mit Besuchergruppen freien Eintritt erhalten, kann es gelingen, die Besucher*innen-Zahlen der kulturel-*

*len Einrichtungen in Erfurt zu steigern, da eine unleugbare Hürde für die Gästeführer*innen im Rahmen ihrer Tätigkeit entsprechende Einrichtungen zu besuchen, beseitigt würde.*

Zu Beginn erläuterte Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN die Intention der Drucksache und die inhaltlichen Schwerpunkte. Hinsichtlich der vorliegenden Anträge gab er bekannt, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitgetragen, jedoch der Antrag der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt werde.

Frau Walsmann, Fraktion CDU, sprach sich für klare Regelungen aus. Zudem wäre die Drucksache eine gute Voraussetzung für den Gästeführertag im Jahr 2017.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete den vorliegenden Antrag seiner Fraktion (Drucksache 0665/16).

Frau Hornbostel, Fraktion DIE LINKE., erläuterte den als Tischvorlage eingereichten Antrag inhaltlich und wies darauf hin, dass dieser das Ergebnis von einem Vergleich mit anderen Städten zu dem Umgang mit Gästeführern sei.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., führte zur Thematik aus und begründete seine Sichtweise. Einer Evaluierung gemäß dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sah er kritisch entgegen, aber im Kontext des Antrages werde er diesen mittragen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0665/16), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	7

Damit wurde dieser bestätigt.

Sodann erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion DIE LINKE., welcher als Tischvorlage eingereicht wurde.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	2

Somit wurde dieser abgelehnt und der stellvertretende Stadtratsvorsitzende rief zur Endabstimmung über die Drucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat im 2. Quartal 2016 einen Entwurf zur Änderung der Tarifordnung der Eintrittspreise der kulturellen Einrichtungen zur Abstimmung vorzulegen, in welcher im Abschnitt "freier Eintritt" Gästeführer aufgeführt sind. Diese müssen Ihre Zugehörigkeit zu dieser Berufsgruppe entsprechend nachweisen (z.B. Mitgliedskarte des Bundesverbandes der Gästeführer e.V. oder entsprechende Mitgliederausweise).

02

Nach einem Jahr ist eine Evaluierung vorzunehmen, in wie weit das Angebot von Erfurter GästeführerInnen und weiteren GästeführerInnen genutzt wird und wie viele Gäste für die Museen und Galerien der Stadt Erfurt so zusätzlich gewonnen wurden.

10.9.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0329/16 - Freier Eintritt für Gästeführer 0665/16

bestätigt Ja 28 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

10.10. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1422/15 - Sozialticket 2015 0469/16
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 2

vertagt

10.11. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 2869/15 - Zuschuss ADFC 0470/16
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 2

vertagt

10.12. Aussetzung der Nutzungskosten für Bürgerhäuser 0491/16
Einr.: Fraktion CDU

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0664/16 vor. Dieser änderte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag ein Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und SPD auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile vor.

Zu Beginn erläuterte Frau Walsmann, Fraktion CDU, die Intention der Drucksache und nahm insbesondere Bezug auf den § 3 der Satzung "Betreiber- und Nutzungsordnung für die Vergabe und Benutzung von Räumen in Bürgerhäusern der Landeshauptstadt Erfurt". Da die Thematik in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 19.04. beraten werden soll, beantragte sie die Vertagung der Drucksache auf die Sitzung des Stadtrates Ende April.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, schilderte seine Sichtweise zur Thematik und der Situation vor Ort in den Ortsteilen und sprach sich ebenfalls gegen die Gebühren für die Nutzung der Bürgerhäuser aus. Hierzu müsse eine Klärung erfolgen und zu der Beratung im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile die Ortsteilbürgermeister hinzugeladen werden, forderte er. Abschließend teilte er die Zustimmung zum vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit.

Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE. und ehrenamtliche Beigeordnete, sprach sich gegen die Vertagung der Drucksache aus und bat um die Verweisung in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile unter Hinzuladung aller Ortsteilbürgermeister/-innen, um eine Klärung herbeizuführen.

Daraufhin beantragte Frau Walsmann im Namen ihrer Fraktion die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile unter Hinzuladung der Ortsteilbürgermeister.

Herr Metz, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und wies darauf hin, dass in diesem Falle alle Vereine – auch die städtischen Vereine betroffen sind. Zudem nahm er Bezug auf die zurückliegende Beratung zum Sachverhalt und begrüßte eine Verweisung der Drucksache in den zuständigen Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile für eine detaillierte Beratung. Eine rechtlich sichere Lösung, die auf Dauer tragbar ist, sollte das Ziel sein, betonte er.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug zum Sachverhalt und befürwortete eine Verweisung oder Vertagung der Drucksache.

In Folge dessen stellte Herr Mroß, Fraktion SPD, einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Beratung.

Zuzüglich beantragte Herr Pfistner, Fraktion CDU, neben der Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile auch die Verweisung in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Vor der Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag äußerten sich Herr Richter, Ortsteilbürgermeister Schmira und Frau Diez, Ortsteilbürgermeisterin Fienstedt, zur Thematik, dem Ablauf des Verfahrens und den entstehenden Problemen vor Ort mit den ansässigen Vereinen sowie die Einschränkungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit.

Hierzu erklärte Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, dass all die Probleme und offenen Fragen in der Beratung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 19.04. geklärt werden könnten. Hinsichtlich der Problematik in der Kinder- und Jugendarbeit bat sie darum um gehend mit dem Jugendamt Kontakt aufzunehmen, um entsprechende Lösungen zu finden.

Somit war der Redebedarf bei allen Fraktion und den Ortsteilbürgermeistern erfüllt und der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Beratung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	5

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Beratung beendet.

Sodann rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und SPD sowie der Fraktion CDU auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde dieser Antrag bestätigt.

Daraufhin erfolgte die Abstimmung des Antrages von Herrn Pfistner auf Verweisung der Drucksache (nach Behandlung im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile) in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde dieser ebenfalls bestätigt und die Drucksache entsprechend zuerst in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und anschließend in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

**10.12.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0491/16 - 0664/16
Aussetzung der Nutzungskosten für Bürgerhäuser**

Verwiesen in Ausschuss

10.13. Fernbushalt Erfurt 0494/16
Einr.: Fraktion CDU

siehe TOP 2

Verwiesen in Ausschuss

10.13.1. Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN zur 0651/16
Drucksache 0494/16 - Fernbushalt Erfurt

Verwiesen in Ausschuss

10.13.2. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0494/16 - Fern- 0676/16
bushalt Erfurt

Verwiesen in Ausschuss

10.14. Prüfauftrag für die Umstellung von einer Stadtbuslinie 0507/16
von Diesel- auf Elektrobetrieb
Einr.: Fraktion CDU

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Kallenbach, Fraktion CDU, die Intention der Drucksache und begründete die inhaltlichen Schwerpunkte anhand von Beispielen im Vergleich mit anderen Städten.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, nahm Bezug auf die Drucksache und schilderte ihre Sichtweise zur Thematik.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, gab bekannt, dass er die Vorlage ablehnen werde und begründete dies.

Herr Kallenbach wies darauf hin, dass seine Fraktion mit der Drucksache zunächst einen Prüfauftrag zur Thematik erteilen wolle.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zog zunächst den Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte zurück. Weiterhin teilte er mit, dass seine Fraktion die Drucksache ablehnen werde und bat um folgende

Protokollnotiz:

Die Verwaltung wird aufgefordert das Thema Elektrobusse weiterhin auf dem Schirm zu haben.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

abgelehnt Ja 7 Nein 26 Enthaltung 2 Befangen 0

10.15. Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0168/16 - Verkaufsoffener 1. Mai - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister 0571/16

siehe TOP 2

vertagt

10.16. Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0367/16 - Ladenöffnung am 1. Mai 2016 - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister 0572/16

siehe TOP 2

vertagt

10.17. Aussetzung und Beanstandung des Verweisungsbeschlusses zur Drucksache 0398/16 - Besonderer Schutz für Familien, Frauen, Kinder und religiöse Minderheiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen - aus der Stadtratssitzung vom 02.03.2016
Einr.: Oberbürgermeister 0573/16

siehe TOP 2

vertagt

02

Als von der Fraktion SPD entsendetes stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Ausländerbeirat wird

Frau Ida Spirek

vom Stadtrat bestellt.

11. Informationen

- 11.1. Information zur Förderentscheidung zum Bundesprogramm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen für Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen 0435/16
Einr.: Oberbürgermeister

zur Kenntnis genommen

11.2. Sonstige Informationen

Weitere Informationen gab es nicht. Somit beendete der stellvertretende Stadtratsvorsitzende, Herr Horn, die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

gez. Horn
stellv. Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer/in